

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
§ 1 Einleitung	1
A. Der gutgläubige Erwerb von GmbH-Anteilen	2
I. Gegenstand des gutgläubigen Erwerbs und die bisherige Rechtslage.....	2
II. Das gesetzgeberische Motiv für die Einführung des gutgläubigen Erwerbs.....	5
III. Die Ausgestaltung der Gutgläubenvorschrift.....	6
B. Ziel und Gang der Untersuchung	12
1. Kapitel: Grundlagen	15
§ 2 Die Regelung des § 16 Abs. 3 GmbHG im System des bürgerlichrechtlichen Gutgläubensschutzes	15
A. Nichtberücksichtigung der §§ 405, 2366 BGB	15
B. Untersuchungsgegenstand	17
C. Rechtsscheinstatbestand.....	18
I. Das Grundbuch	19
II. Der Besitz.....	21
III. Die Gesellschafterliste	22
1. Stärke des Rechtsscheinstatbestands	22
2. Verlässlichkeit des Rechtsscheinstatbestands.....	24
a) Das Fehlen einer inhaltlichen Überprüfung durch die Registergerichte	24
b) Die private Führung.....	27
c) Ausgleich des Verlässlichkeitsdefizits durch die Zuständigkeit der Notare?.....	28
IV. Zusammenfassung.....	30
D. Verkehrsfreundlichkeit	30
I. Erfordernis eines mitwirkenden Verhaltens für den Eintritt des Rechtsverlusts	30
II. Gutgläubensmaßstab	32

III. Erwerbssicherheit aufgrund des Rechtsscheins- tatbestands aus Sicht des Rechtsverkehrs.....	33
E. Legitimation für den Rechtsverlust infolge gutgläubigen Erwerbs.....	37
I. Verlust des Eigentums an Grundstücken.....	38
II. Verlust des Eigentums an beweglichen Sachen	38
III. Verlust von Geschäftsanteilen.....	41
1. Vor Ablauf der Dreijahresfrist.....	41
2. Der Ablauf der Dreijahresfrist.....	44
F. Wesentliche Ergebnisse	47
§ 3 Vereinbarkeit der Regelung des § 16 Abs. 3 GmbHG mit der Eigentumsgarantie des Art. 14 GG.....	48
A. Fragestellung.....	48
B. Inhalts- und Schrankenbestimmung.....	49
C. Verhältnismäßigkeit.....	50
I. Legitimes Ziel und Geeignetheit	50
II. Erforderlichkeit	53
III. Angemessenheit im engeren Sinne – Erfordernis einer inhaltlichen Überprüfung der Gesellschafterlisten	55
1. Vermeidbarkeit des Rechtsverlusts	56
2. Interessenentsprechung	59
a) Das Gewicht des Nachteils	60
b) Das Gewicht des Vorteils	61
c) Ergebnis	65
3. Fehlende Schutzbedürftigkeit.....	65
a) Schutzbedürftigkeit im Regelfall	65
b) Schutzbedürftigkeit beim Erwerb aufgrund eines Erbfalls	68
D. Ergebnis	71
2. Kapitel: Die Neuregelung des § 16 Abs. 3 GmbHG im Einzelnen...	73
§ 4 Voraussetzungen	74
A. Tatbestand.....	74
I. Erwerb durch Rechtsgeschäft.....	74
II. Eintragung des Nichtberechtigten als „Veräußerer“	76
1. Keine Beschränkung auf „Veräußerungen“.....	77
2. Relevanter Zeitpunkt	77
a) Aufschiebend bedingte Verfügung.....	78

b) Rechtsbedingungen sowie sonstige nicht der Parteiautonomie unterliegende Wirksamkeitsvoraussetzungen.....	81
B. Ausschlussgründe	84
I. Zurechenbarkeit der Unrichtigkeit der Gesellschafterliste	84
1. Zurechenbarkeit im Falle eines Unterlassens	86
a) Fehlende Zurechenbarkeit	86
b) Zu bejahende Zurechenbarkeit.....	86
aa) Unterlassene Einreichung nach dem Anteils- erwerb	87
bb) Bestehen sonstiger Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit	90
2. Zurechenbarkeit im Falle eines positiven Tuns	91
a) Einreichung unrichtiger Listen nach unwirksamen Abtretungen	91
b) Sonstige Konstellationen mitwirkender Kausalität.....	95
3. Zurechnungsfähigkeit	96
a) Geschäftsunfähigkeit	97
aa) Relevanz im Regelfall	97
bb) Notarielle Beurkundung nichtiger Abtretungen	98
b) Beschränkte Geschäftsfähigkeit.....	100
c) Zurechenbarkeit im Falle einer widerrechtlichen Bedrohung	102
aa) Relevanz im Regelfall	102
bb) Relevante Drohungen im Zusammenhang mit notariell beurkundeten Abtretungen.....	103
4. Ergebnis.....	104
II. Dreijahresfrist.....	105
1. Fristberechnung	106
2. Fristbeginn bei gutgläubigem Erwerb nach dreijähriger Unrichtigkeit	107
III. Bösgläubigkeit hinsichtlich der Unrichtigkeit der Gesellschafterliste	110
1. Funktion des Ausschlussgrundes der grob fahr- lässigen Unkenntnis im Rahmen der §§ 932 ff. BGB...	111
2. Funktion des Ausschlussgrundes im Rahmen des § 16 Abs. 3 GmbHG.....	115

a) Fehlende Komplementärfunktion aufgrund der Verlässlichkeit der Liste	115
b) Erforderlichkeit der Durchführung einer Due Diligence als Nachforschungspflicht?	116
c) Begrenzte Ausschlussfunktion.....	118
3. Praktische Relevanz des Ausschlussgrundes.....	119
a) Vollständige Beseitigung des Rechtsscheins der Gesellschafterliste.....	120
b) Beeinträchtigung des von der Gesellschafterliste ausgehenden Rechtsscheins	120
IV. Der Widerspruch	122
1. Einführung und Fragestellung	123
2. Berechtigung der Geschäftsführer zur Zuordnung von Widersprüchen	124
3. Auswirkungen der Aufnahme neuer Listen nach der Zuordnung von Widersprüchen.....	126
a) Veranschaulichung der erörterten Konstellationen...	126
b) Keine rechtsscheinszerstörende Wirkung gegenüber späteren Listen	128
c) Neubeginn der Unrichtigkeit bei erneuter Auf- nahme unrichtiger Listen zur Vermeidung des Rechtsverlusts aufgrund des reinen Rechtsscheins- prinzips	130
d) Ergebnis	133
§ 5 Gutgläubensschutz in Bezug auf die Anteilstückelung.....	134
A. Der Bestimmtheitsgrundsatz im Zusammenhang mit Anteilsübertragungen.....	135
B. Veranschaulichung des Gutgläubensschutzes hinsichtlich der Stückelung	136
C. Untersuchung der Möglichkeit des gutgläubigen Stückelungserwerbs	137
I. Die Unpraktikabilität.....	138
1. Die Verfügung des nicht so Berechtigten	138
2. Die Verfügung des mit dem nicht so Berechtigten identischen Nichtberechtigten	140
II. Der Widerspruch zur Gesetzessystematik.....	142
D. Zusammenfassung	144

§ 6	Das Verhältnis zwischen Gesellschafterliste und Erbschein nach Eintragung eines Erbscheinserben	145
	A. Exkurs: Die Anwendbarkeit des § 2366 BGB vor Eintragung	146
	B. Fehlende Übertragbarkeit des zwischen Grundbuch und Erbschein bestehenden Spezialitätsverhältnisses	147
	C. Parallele Anwendbarkeit der §§ 2366 BGB, 16 Abs. 3 GmbHG nach Eintragung	149
	I. Fortgeltung des § 2366 BGB hinsichtlich Verfügungsbeschränkungen.....	149
	II. Fehlende Verdrängung des § 2366 BGB durch die §§ 932 ff. BGB.....	150
	III. Der Grund für das zwischen Grundbuch und Erbschein bestehende Spezialitätsverhältnis	151
	1. Erhöhung des Verkehrsschutzes.....	152
	2. Verhinderung des redlichen Erwerbs entgegen der berechtigten Liste	153
	D. Konkret anwendbare Gutgläubensvorschrift	155
	E. Zusammenfassung	157
§ 7	Spezielle Einzelfragen.....	158
	A. § 16 Abs. 3 GmbHG – Ein Ersitzungstatbestand?.....	158
	I. Entgegenstehender Wortlaut	159
	1. Erforderlichkeit der Eintragung des zu Unrecht Verfügenden.....	159
	2. Einheitliche Bestimmung des Erwerbszeitpunkts	160
	3. Notwendigkeit eines rechtsgeschäftlichen Erwerbs	160
	II. Unvereinbarkeit mit der Systematik der Ersitzung nach bürgerlichem Recht	160
	1. Erforderlichkeit der Eintragung des Erwerbers im Rechtsscheinstatbestand	161
	2. Fragwürdige Privilegierung des Erwerbs vom Nichtberechtigten	161
	III. Eingeschränktes Bedürfnis für eine Ersitzung	162
	IV. Ergebnis	163
	B. Die gefälschte Gesellschafterliste – Ein tauglicher Rechtsscheinstatbestand?.....	163
	I. Authentizität der Gesellschafterliste nach dem Wortlaut nicht erforderlich.....	164

II. Gesetzgeber geht von gutgläubigem Erwerb bei gefälschten Listen aus	164
III. Entstehen von Wertungswidersprüchen bei Verneinung der Tauglichkeit	165
IV. Ergebnis	166
3. Kapitel: Rechtspolitische Bewertung der Regelung des § 16	
Abs. 3 GmbHG	167
§ 8 Die Regelung des § 16 Abs. 3 GmbHG im internationalen Vergleich	167
A. Rechtsordnungen mit einem umfangreichen Gutgläubensschutz	168
I. Das US-amerikanische sowie das kanadische Bundesrecht.....	168
1. USA.....	168
2. Kanada.....	173
II. Analyse in Gegenüberstellung mit der Regelung des § 16 Abs. 3 GmbHG.....	174
B. Rechtsordnungen mit einem begrenzten Gutgläubensschutz. 176	
I. Der Gutgläubensschutz in Italien, Dänemark, England und Südafrika	176
II. Vergleich mit der Regelung des § 16 Abs. 3 GmbHG	179
C. Rechtsordnungen ohne Gutgläubensschutz	181
D. Ausblick auf die Europäische Privatgesellschaft	182
E. Zusammenfassung	183
§ 9 Rechtspolitische Bewertung der Konzeption des § 16 Abs. 3 GmbHG	184
A. Regelungsbedarf für den Erwerb vom Nichtberechtigten.....	184
B. Die private Führung der Gesellschafterliste.....	186
C. Ausreichende Berücksichtigung des Verkehrsinteresses	187
I. Verringerte Erwerbssicherheit aufgrund des Listenstands.....	187
1. Der Verfügende ist seit mindestens drei Jahren in der Liste eingetragen	188
2. Der Verfügende ist seit weniger als drei Jahren in der Liste eingetragen	189
3. Erwerbssicherheit bei Zuordnung von Widersprüchen zu früheren Listen.....	191

- 4. Übergangsvorschrift – Der Zeitraum bis zum
 - 2. November 2011 192
- 5. Folgerung 193
- II. Der Ausschlussgrund der grob fahrlässigen Unkenntnis.. 193
 - 1. Höhere Verlässlichkeit der Gesellschafterliste im Vergleich zum Besitz 195
 - 2. Identische Stärke des von Gesellschafterliste und Grundbuch ausgehenden Rechtsscheins 197
- D. Ausreichende Berücksichtigung der Interessen des Berechtigten 199
- E. Fazit 200

4. Kapitel: Erweiterung des geschaffenen Gutgläubensschutzes

- de lege ferenda 201**
- § 10 Fehlender Gutgläubensschutz in Bezug auf Belastungen..... 201
 - A. Bewertung 202
 - B. Die Regelung des Gutgläubensschutzes de lege ferenda 207
 - I. Eignung der Gesellschafterliste als Rechtsscheinbestand 209
 - II. Vereinbarkeit mit der verfahrensrechtlichen Ausgestaltung der Liste 212
 - III. Vereinbarkeit mit der Systematik des § 16 Abs. 3 GmbHG..... 215
 - C. Ergebnis 216
- § 11 Fehlender Gutgläubensschutz in Bezug auf Anwartschaftsrechte 216
 - A. Fehlende Eintragbarkeit in der Liste 217
 - B. Negative Konsequenzen 220
 - C. Die Regelung des Gutgläubensschutzes de lege ferenda 223
 - D. Ergebnis 225
- § 12 Fehlender Gutgläubensschutz hinsichtlich der Existenz von Geschäftsanteilen 225
 - A. Fehlendes Regelungsbedürfnis 227
 - I. Nichtigkeit eines Kapitalerhöhungsbeschlusses 227
 - II. Mängel des Übernahmevertrags 230
 - III. Zwischenergebnis..... 231
 - B. Weitreichende Rechtsfolgen eines Gutgläubensschutzes hinsichtlich der Existenz..... 231
 - C. Ergebnis 234

§ 13 Fehlender Gutglaubensschutz in Bezug auf Abtretungs- hindernisse.....	234
A. Positive Bewertung.....	235
B. Misslungene Fassung des § 16 Abs. 1 Satz 1 GmbHG.....	236
C. Ergebnis.....	240
§ 14 Fehlender Gutglaubensschutz hinsichtlich der insolvenz- rechtlichen Beschränkung der Verfügungsbefugnis.....	241
A. Kein Redaktionsversehen.....	242
B. Fehlendes Regelungsbedürfnis.....	243
C. Ergebnis.....	244
§ 15 Zusammenfassung.....	245
A. Ergebnisse des 1. Kapitels.....	246
I. Einordnung des § 16 Abs. 3 GmbHG in die §§ 892, 932 ff. BGB.....	246
II. Vereinbarkeit des § 16 Abs. 3 GmbHG mit Art. 14 GG..	248
B. Ergebnisse des 2. Kapitels.....	248
C. Ergebnisse des 3. Kapitels.....	251
D. Ergebnisse des 4. Kapitels.....	253
Literaturverzeichnis.....	255